

Protokoll der 15. öffentlichen Sitzung des Kommunalen Hochschul- und Studierendenbeirates (KHSBR)

Datum: 29. Oktober 2015
Ort: Rathaus, Fischmarkt 1, Raum 244
Zeit: 18:00 – 18:40 Uhr
Anwesenheit: siehe Anlage

Tagesordnung

1. Begrüßung und Beschlussfähigkeit
2. Protokollbestätigung der 14. Sitzung
3. Informationen zu im Erfurter Stadtrat behandelten Anfragen zu studentischen Belangen
4. Ergänzungen zum TOP 3 der letzten Beratung zum Thema "Flüchtlinge". Nachtrag
5. Sonstiges

Top 1

Der Vorsitzende, Herr Egert, eröffnete die Veranstaltung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Top 2

Das Protokoll der 1. Sitzung wurde einstimmig bestätigt.

Top 3 Der Wortlaut der Anfragen sowie die Antwort ist als Anlage beigelegt

3.1. Dringliche Anfrage Studentisches Wohnen in der alten Zahnklinik

Frau Heiderich führte aus, dass das Studentenwerk an die aktuelle Problematik nicht angeschlossen sei. Informationen dazu hat das STW Thüringen nur aus der Zeitung entnommen. Sie bestätigt somit die Aussage im Punkt 1, dass es keine Gespräche zwischen der Stadtverwaltung, dem Studentenwerk Thüringen und dem Thüringer Ministerium Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft gegeben hat.

Eine Zu- bzw. Aussage des Landes gibt es nicht.

In der alten Zahnklinik könnten ca. 250 Wohnheimplätze geschaffen werden. Bei Zusage des Freistaates könnte ein Start erfolgen.

3.2 Ringvorlesungen der Universität Erfurt im Rathausfestsaal

Hintergrund der Anfrage ist, dass zahlreiche Interessierte (auch Bürger und Mitglieder des Erfurter Kollegs) an der Ringvorlesung am 13.10.2015 nicht in den Festsaal gelassen wurden, da dessen Kapazität bei 199 Personen erschöpft ist.

Zur Vorlesung am 27.10.2015 wurde gemeinsam von der Universität und dem SG Presse/ Öffentlichkeit der Stadtverwaltung eine Übertragung (Video) vom Festsaal in den Ratssitzungssaal organisiert, um keinen mehr abweisen zu müssen. Diese Möglichkeit nutzen ca. 40 Personen.

Durch den Leiter der Stabsstelle Projektbüro der Universität wird eingeschätzt, dass es max. 2 bis 3 Vorlesungen geben könnte, die eine sehr hohe Besucherzahl erwarten lässt.

Dazu wird im Vorfeld analog der Ringvorlesung am 27.10.2015 mit der Stadt der Kontakt gesucht, um eine Übertragung in andere, weitere Räume des Rathauses zu organisieren.

3.3. Semesterticket

Es gab eine Anfrage bezüglich der geplanten Erhöhung des Semesterticket im Zusammenhang mit der Erhöhung der Fahrpreise der EVAG sowie der Frage, ob ggf. Mehrkosten durch den städtischen Haushalt gedeckelt werden könnten. In der Beantwortung dieser Frage wird darauf verwiesen, dass die, wenngleich die Stadtverwaltung es gern tät, haushaltsbedingt nicht möglich ist.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden haben die Vertreter der StuRa der Universität und der FHE die vorgestellte Variante 3 (siehe Anlage) als Option gewählt. Obwohl diese die höchste Steigerung zum derzeitigen Preis des Semesterticket aufweist, ist doch die lange Laufzeit und damit die Stabilität (d. h. in dieser Zeit keine weitere Erhöhung) ausschlaggebend. Weiter wurde ausgeführt dass es noch nicht klar ist, ob eine Urabstimmung ausgerufen wird oder nicht.

Prof. Zerbe führte vor dem Hintergrund, dass die Stadt Studierende brauche und dazu entsprechende Rahmenbedingungen notwendig seien aus, gemeinsam mit dem Präsidenten der Universität noch einmal das Gespräch mit der EVAG zu suchen. Die Studierenden generieren mit dem Semesterticket eine stabile Einnahme für die EVAG, ggf. könnte ein Entgegenkommen dahingehend erreicht werden, dass die Erhöhung geringer (ggf. ein EURO) ausfallen könnte.

Frau Wolbergs brachte auch den Sachverhalt ins Gespräch, dass neben dem Preis noch andere Aspekte im Raum stünden, so die Frage der Fahrradmitnahme.

In der Diskussion wurde noch einmal aufgerufen, dass sich die Stadt (in Person des Oberbürgermeisters) und die Fraktionen des Stadtrates stark machen sollten für die Studierenden.

Herr Groß erklärte, dass er mit dem OB noch einmal dazu sprechen wollen und das Thema zur nächsten Aufsichtsratssitzung der SWE ansprechen wolle.

Herr Egert schloss den Punkt "Semesterticket" mit dem Hinweis, auch mit den Stadtratsfraktionen einen Weg zu prüfen, ob die Erhöhung ggf. geringer ausfallen könnte.

Im zweiten Teil der Frage Semesterticket wurde erneut die Zweitwohnsteuer aufgerufen. Die Diskussion dazu konnte allerdings nicht abgeschlossen werden.

Generell steht die Aussage der Stadt, keine Gelder für einen Semesterzuschuss zu haben oder/und auf die Einnahmen aus der Zweitwohnsteuer nicht verzichten zu können den Forderungen der Studierenden und dem Aspekt der Erhöhung der Attraktivität des Hochschulstandortes gegenüber.

Her Skowronek erinnert an die Festlegung aus der 23.10.2014 Punkte 3 und 4, wonach festgelegt wurde - (Protokollauszug der 11. Sitzung vom 23.10.2014)

Der Vorsitzende beendete die zusammen beratenden TOP 3 und 4 mit folgenden Vereinbarungen:

1) Die Studierenden recherchieren in ihrem Umfeld die Zahl der veranlagten Zweitwohnsitzer als Grundlage weitere Diskussionen, ggf. anonym auch die Zahl derer, die bisher weder Hauptwohnsitzer in Erfurt sind und auch nicht zur Zweitwohnsitzsteuer herangezogen werden.

2) Durch Studierendenräte bzw. deren Vertreter im Hochschulbeirat wird ein Positionspapier erarbeitet, welches als Grundlage für eine mögliche Beratung mit den Fraktionsvorsitzenden bzw. für eine Empfehlung an den Stadtrat zur Veränderung der Zweitwohnsitzsteuer herangezogen werden kann.

Im Vorgriff auf den Punkt Sonstiges/Terminplanung wurde durch den Vorsitzenden darauf orientiert, dass eine weitere Behandlung des Themas – auch unter dem Fokus dass der Oberbürgermeister die nächste Beratung selbst wahrnehme möchte – erst nach Vorlage des Positionspapieres erfolgen wird.

... und stellte dar; dass die IUBH durch eine anonyme Onlineumfrage unter den Studierenden diese Zahl recherchiert hätte.

Die beiden anderen Hochschulen haben diese Zahlen nicht erhoben bzw. erheben können und stellten im Gespräch dar, dass die ziemlich schwierig wäre.
Der Vorsitzende bat Prof. Zerbe zu prüfen, ob über das Sekretariat der Hochschule eine ähnliche Umfrage wie in der IUBH laufen können. wenn ja, könne dies ja auch auf die Universität angewendet werden.

An die Verwaltung wurde der Auftrag erteilt zu prüfen, ob und wie sich die Zahl der in der Beratung am 23.10.2014 benannten Studierenden mit Zweitwohnsitz, von denen wie in der o. a. Beratung ausgesagt ja auch nur 800 herangezogen würden, verändert hat.

Als nächster Termin wurde der **10.12.2015, 18.00 Uhr** vorbehaltlich der Raumverfügbarkeit abgestimmt.

Erfurt, 30.10.2015

Konstantin Egert
Vorsitzender

Peter Seyfarth
Hochschulbeauftragter
Nachhaltigkeitsmanagement.